

bis 1966 um 14 Prozent reduziert und wird im Perspektivplanzeitraum um weitere 16 Prozent eingeschränkt. Die Konzentration auf die Haupterzeugnisse erfordert aber andererseits die verstärkte internationale Spezialisierung und Kooperation mit unseren sozialistischen Bruderländern, besonders mit der Sowjetunion, um auf der Grundlage der langfristigen Handelsabkommen die Export- und Importstruktur noch effektiver zu gestalten und hochproduktive Maschinen zu exportieren und vor allem für die Rationalisierung der metallverarbeitenden Industrie der Deutschen Demokratischen Republik zu importieren. Für den Industriezweig Werkzeugmaschinen ist die enge freundschaftliche Zusammenarbeit mit den sozialistischen Bruderländern auf der Grundlage des sozialistischen Internationalismus, besonders mit der Sowjetunion als dem Hauptabnehmer unserer Maschinen, aber auch dem Hauptexporteur von Werkzeugmaschinen in die Deutsche Demokratische Republik, eine Grundbedingung für die Lösung der eigenen Aufgaben. Entsprechend dieser Bedeutung wurden mit dem Ministerium für Werkzeugmaschinenbau der Sowjetunion im Januar dieses Jahres Vereinbarungen für eine engere ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit getroffen. Sie wird sich hauptsächlich auf solche Schwerpunkte konzentrieren wie die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf den Gebieten der programmgesteuerten Werkzeugmaschinen, der Hochgenauigkeitsmaschinen, Taktstraßen und Sondermaschinen. Diese Zusammenarbeit wird sich aber auch auf die Abstimmung der perspektivischen Entwicklung des Werkzeugmaschinenbaues in beiden Ländern nach 1970 beziehen, um schon jetzt die perspektivischen Export- und Importbeziehungen vorzubereiten. Die direkten Kontakte und Verhandlungen mit den Industriezweigleitungen der UdSSR, der Volksrepublik Polen und der Volksrepublik Ungarn haben zum Abschluß beziehungsweise zur Vorbereitung von Spezialisierungsverträgen geführt. Diese im Zusammenhang mit der ökonomisch richtigen Gestaltung des Profils im Industriezweig geleistete Arbeit wird einerseits die komplexe Rationalisierung im Industriezweig effektiver gestalten und andererseits die Außenwirtschaftsbeziehungen immer mehr als echten Wachstumsfaktor zum Nationaleinkommen wirksam werden lassen. Diese profil- und strukturbestimmenden Prozesse im Industriezweig zur vorrangigen Produktion von Haupterzeugnissen erfordern von allen Leitern ein hohes Maß politischer Verantwortung. Für fast 3000 Werk tätige des Zweiges ändern sich bis 1970 durch die vorgesehenen Maßnahmen ihre Arbeitsbedingungen, wachsen die Anforderungen an ihre Qualifikation. Deshalb